

# **Hauptsatzung der Stadt Krakow am See**

## **Präambel**

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777) wird nach Beschluss der Stadtvertretung vom 14.04.2015 und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung erlassen:

## **§ 1**

### **Name/Wappen/Flagge/Dienstsiegel**

- (1) Die erste Erwähnung der Stadt Krakow am See ist in einer Urkunde aus dem Jahre 1298 nachgewiesen. Die Stadt Krakow am See ist seit 1956 als Luftkurort anerkannt. Seit 1999 darf die Stadt den Titel "Staatlich anerkannter Luftkurort", entsprechend dem Gesetz über die Anerkennung als Kur- und Erholungsort in M-V, tragen.
- (2) Die Stadt Krakow am See führt ein Wappen, eine Flagge und ein Dienstsiegel.
- (3) Das Wappen zeigt in Gold einen hersehenden, goldgekrönten schwarzen Stierkopf mit geschlossenem Maul, ausgeschlagener roter Zunge und silbernen Hörnern. Die Verwendung des Wappens durch Dritte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters.
- (4) Die Flagge ist gleichmäßig längs gestreift von schwarz und gelb. Auf der Mitte des Flaggentuchs liegt, auf jeweils zwei Drittel des schwarzen und des gelben Streifens übergreifend, das Stadtwappen. Die Länge des Flaggentuchs verhält sich zur Höhe wie 5 zu 3.
- (5) Das Dienstsiegel zeigt das Stadtwappen mit der Umschrift „STADT KRAKOW AM SEE“. Die Führung des Dienstsiegels ist dem Bürgermeister vorbehalten.

## **§ 2**

### **Ortsteile**

- (1) Die Stadt Krakow am See besteht aus den Ortsteilen:
  - Krakow am See
  - Alt Sammit,
  - Bellin,
  - Bossow,
  - Charlottenthal,
  - Groß Grabow,
  - Klein Grabow,
  - Marienhof,
  - Möllen,
  - Neu Sammit,
  - Steinbeck.
- (2) Die Stadtvertretung wählt für die Ortsteile
  - Alt Sammit zusammen mit Neu Sammit
  - Bossow zusammen mit Möllen,
  - Charlottenthal zusammen mit Groß Grabow und mit Klein Grabow,
  - Bellin zusammen mit Marienhof und mit Steinbeck,jeweils eine Ortsteilvertretung. Sie führen den Namen der jeweiligen Ortsteile
- (3) Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, das anzuwendende Wahlverfahren ist Hare Niemeyer.
- (4) Die Ortsteilvertretungen haben je Ortsteilvertretung 5 Mitglieder. Sie führen die Bezeichnung Ortsteilvertreter. Jede Ortsteilvertretung wählt einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Die Vorsitzenden der Ortsteilvertretungen führen die Bezeichnung Ortsteilvorsitzender. Der Vorsitzende der Ortsteilvertretung hat in der Stadtvertretung und in den Ausschüssen das Rede und Antragsrecht – soweit Angelegenheiten des Ortsteiles betroffen sind.
- (5) Die Ortsteilvertretungen sind über alle Angelegenheiten und insbesondere vorgesehene kommunale Investitionen, die in den jeweiligen Ortsteilen von öffentlichem und allgemeinem Interesse sind, zu unterrichten.

- (6) Die Ortsteilvertretungen erhalten Einsicht in Protokolle, soweit die Kommunalverfassung dieses zulässt.

### § 3

#### Rechte der Einwohner

- (1) Der Bürgermeister beruft aufgrund von wichtigen Vorhaben oder Vorkommnissen eine Versammlung der Einwohner der Stadt ein. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Stadtvertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden. Anfragen von Stadtvertretern in Einwohnerversammlungen sollen spätestens fünf Arbeitstage vorher beim Bürgermeister eingereicht werden.
- (3) Mündliche Anfragen während der Stadtvertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vier Wochen schriftlich beantwortet werden. Die Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Stadtvertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Stadtvertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.
- (4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung über wichtige Angelegenheiten der Stadt zu berichten.

### § 4

#### Stadtvertretung

- (1) Die Stadtvertretersitzungen sind öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
  1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen,
  2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner,
  3. Grundstücksgeschäfte,
  4. Vergabe von Aufträgen.
- (3) Sollten keine überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner betroffen sein, sind auch die Angelegenheiten der Ziffern 1-4 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

### § 5

#### Ausschüsse

- (1) Es wird ein Hauptausschuss gebildet. Dem Hauptausschuss gehören neben dem Bürgermeister 6 weitere Stadtvertreter an. Dem Hauptausschuss obliegen Entscheidungen bzw. Beratungen zu nachstehenden Angelegenheiten und Aufgaben:
  1. Vorschlägen für die Durchführung des Haushalts- und Finanzplanes,
  2. Ausübung des Vorkaufsrechtes,
  3. Regelung der Erschließungs- und der sonstigen Beiträge
  4. Angelegenheiten des Gewerbes, des Marktwesens und der öffentlichen Ordnung,
  5. Angelegenheiten der öffentlichen Einrichtungen,
  6. Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV M-V von 100 bis 1000 EUR.
  7. Entscheidung zur personellen Besetzung vorhandener Arbeitsplätze.Zu den Nummern 1, 3, 4, 5 werden beratende Beschlüsse gefasst. Die Stadtvertretung ist laufend über die Entscheidungen zu unterrichten, die Stadtvertreter erhalten dazu die Protokolle des Hauptausschusses.
- (2) Gemäß § 36 (2) S. 4 KV M-V wird ein Rechnungsprüfungsausschuss gebildet. Der Rechnungsprüfungsausschuss besteht aus drei Stadtvertretern.
- (3) Die weiteren beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung setzen sich aus vier Stadtvertretern und drei sachkundigen Einwohnern zusammen. Sie wählen aus dem Kreis der Stadtvertreter ihren Vorsitzenden sowie zwei Stellvertreter.

- (4) Die Mitglieder der beratenden Ausschüsse werden bei Verhinderung durch Stellvertreter aus der jeweils gleichen Fraktion vertreten. Stadtvertreter durch Stadtvertreter sowie sachkundige Einwohner durch sachkundige Einwohner oder Stadtvertreter.
- (5) Der Ausschussvorsitzende sorgt mit Hilfe des Amtes für die Aufstellung der Tagesordnung und die Erstellung des Protokolls. Protokolle der beratenden Ausschüsse sind innerhalb von 14 Tagen den Ausschussmitgliedern, dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden zuzustellen, die des Hauptausschusses sind allen Stadtvertretern innerhalb von 14 Tagen zuzustellen.
- (6) Die Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich.

Name des Ausschusses	Aufgabengebiet
<b>Sozialausschuss</b>	<b>Beratung zu Angelegenheiten</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schul- und Kindereinrichtungen</li> <li>- Kulturförderung und Sportentwicklung</li> <li>- Kultur-, Heimat-, Gemeinschafts- und Brauchtumspflege</li> <li>- Jugendförderung</li> <li>- Gesundheits- und Sozialwesen</li> <li>- Behinderten- und Seniorenförderung</li> <li>- Vereinswesen</li> </ul>
<b>Wirtschaftsausschuss</b>	<b>Beratung zu Angelegenheiten</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Wirtschaftsförderung und der Gewerbeansiedlung</li> <li>- des Fremdenverkehrs und des Luftkurortes</li> <li>- der Land- und Forstwirtschaft</li> <li>- des Landschafts-, Natur- und Umweltschutzes</li> </ul>
<b>Finanzausschuss</b>	<b>Beratung zu Angelegenheiten</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- des Finanz- und Haushaltswesen, Haushaltssicherungskonzept</li> <li>- der Steuern, Gebühren, Beiträge und sonst. Abgaben</li> </ul>
<b>Bauausschuss</b>	<b>Beratung zu Angelegenheiten</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Stadtentwicklung und Ortsplanung</li> <li>- der Flächennutzungsplanung in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsausschuss und Sozialausschuss</li> <li>- der Gestaltungssatzung</li> <li>- der Vorbereitung zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmen für bedeutsame Bauvorhaben gem. § 36 BauGB für Bauanträge (§ 33 34, 35 BauGB) und für Vorkaufsrecht (§§ 24-28 BauGB)</li> <li>- der Förderung der Stadtsanierung</li> <li>- der Planung und Realisierung städtischer Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, insbesondere die detaillierte Vorbereitung der Leistungsverzeichnisse</li> <li>- der Gestaltung öffentlicher Anlagen, Stadtverschönerung unter Berücksichtigung der Ortsteile</li> <li>- der Vorbereitung der Flurbereinigung</li> <li>- der Erarbeitung von Empfehlungen zur Vergabe von Bauleistungen</li> </ul>

- (7) Die Stadt Krakow am See entsendet gemäß § 132 KV M-V Mitglieder in den Amtsausschuss.

## § 6

### Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen (brutto):
1. über außerplanmäßige Verträge, die auf einmalige Leistungen von 2.000,00 EUR gerichtet sind sowie bei wiederkehrenden Leistungen von 500,00 EUR pro Monat
  2. über überplanmäßige Ausgaben von höchstens 5.000,00 EUR.
  3. Verträge über Planungsleistungen bis zu einer Höhe von 2.000,00 EUR
  4. bei Veräußerungen oder Belastung von Grundstücken von 500,00 EUR

5. über die die Vergabe und Aufträge nach den Vergabeverfahren gem. VOL bis zum geschätzten Wert von 50.000,00 EUR und VOB bis zum Wert von 250.000,00 EUR, bei Entscheidungen der Ausführungsvarianten ist der Bauausschuss zu beteiligen.
- (2) Der Bürgermeister entscheidet über Vorkaufsrechtsverzicht und gemeindliches Einvernehmen gem. § 36 Baugesetzbuch (BauGB) für Bauanträge (§§ 33, 34, 35).
- (3) Die Stadtvertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne des Abs. 1 und Abs. 2 zu unterrichten.
- (4) Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 750,00 EUR bzw. von 250,00 EUR bei wiederkehrenden Verpflichtungen können vom Bürgermeister allein bzw. durch eine oder einen von ihr oder ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 2.500,00 EUR.
- (5) Der Bürgermeister entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen bis 100,00 EUR.

## § 7

### Entschädigungen

- (1) Den ehrenamtlich Tätigen der Stadt Krakow am See werden Aufwandsentschädigungen entsprechend der Entschädigungsverordnung des Landes Mecklenburg – Vorpommern (EntschVO M-V) in der jeweils gültigen Fassung gewährt.
- (2) Die Mitglieder der Stadtvertretung, der Ausschüsse und der Fraktionen einschließlich der sachkundigen Einwohner sowie im Vertretungsfall ihre Stellvertreter erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtvertretung und Ausschusssitzungen eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 EUR.
- (3) Ausschussvorsitzende erhalten eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 EUR.
- (4) Fraktionsvorsitzende erhalten eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 80,00 EUR und zusätzlich eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 EUR (außer Fraktionssitzungen - § 14 Abs. 4 EntschVO M-V).
- (5) Vorsitzende der Ortsteilvertretungen erhalten eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 75,00 EUR und zusätzlich eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 EUR, wenn sie gem. § 14 Abs. 5 EntschVO M-V als Mitglied der Stadtvertretung oder als sachkundige Einwohner an einer Sitzung der Stadt teilnehmen.
- (6) Die weiteren Mitglieder der Ortsteilvertretungen erhalten eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 EUR.
- (7) Der Bürgermeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.500,00 EUR brutto. Der erste Stellvertreter des Bürgermeisters erhält eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 300,00 EUR und zusätzlich eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 EUR nach Absatz 2 der Hauptsatzung i. V. m. § 14 Abs. 3 Entschädigungsverordnung M-V. Der zweite Stellvertreter des Bürgermeisters erhält eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 EUR als funktionsbezogene Aufwandsentschädigung sowie zusätzlich sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 EUR nach Absatz 2 der Hauptsatzung i. V. m. § 14 Abs. 3 Entschädigungsverordnung M-V. Spätestens nach drei Monaten Vertretung entfällt die Aufwandsentschädigung für den Amtsinhaber. In diesem Fall erhält die stellvertretende Person die volle Aufwandsentschädigung.
- (8) Ehrenamtlich Tätige können entsprechend der Entschädigungsverordnung M-V Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz erhalten.
- (9) Vergütungen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen aus Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter der Stadt in der Versammlung der Gesellschafterinnen und Gesellschafter oder ähnlichem Organ eines Unternehmens oder Einrichtung des privaten Rechts ist an die Stadt abzuführen, soweit sie monatlich 100,00 EUR überschreiten, aus einer Tätigkeit im Aufsichtsrat solcher Unternehmen oder Einrichtungen, soweit sie 250,00 EUR, bei deren Vorsitzenden und Vorständen bzw. Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern 500,00 EUR überschreiten.

## § 8

## Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Krakow am See, soweit es sich nicht um solche nach Baugesetzbuch (BauGB) handelt, werden im Internet auf der Homepage des Amtes Krakow am See unter der Adresse [www.amt-krakow-am-see.de](http://www.amt-krakow-am-see.de) öffentlich bekannt gemacht. Die Satzungen sind über den Button „Satzungen und Richtlinien > Stadt Krakow am See“ und die sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen sind über den Button „Öffentliche Bekanntmachungen > Krakow am See“ zu erreichen.
- (2) Unter der Anschrift Amt Krakow am See, Markt 2, 18292 Krakow am See kann sich jedermann Satzungen der Stadt Krakow am See kostenpflichtig zusenden lassen. Entsprechende Textfassungen werden zur Mitnahme während der Öffnungszeiten im Sitzungsdienst des Amtes Krakow am See, Markt 2, bereitgehalten. Dies gilt auch für außer Kraft getretene Satzungen.
- (3) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen auf Grund von Vorschriften des BauGB erfolgen durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Krakow am See, dem „Krakower Seen-Kurier“. Das amtliche Bekanntmachungsblatt des Amtes Krakow am See erscheint monatlich, es wird in alle Haushalte der Stadt geliefert. Das amtliche Bekanntmachungsblatt kann einzeln bzw. im Abonnement in der Amtsverwaltung in 18292 Krakow am See, Markt 2, bezogen werden. Der Bezug im Abonnement kann nach formloser Beantragung beim Amt Krakow am See, Markt 2, in 18292 Krakow am See gegen Erstattung der Versandkosten vereinbart werden. Die Bekanntmachung und Verkündung ist bewirkt mit Ablauf des Erscheinungstages des Krakower Seen-Kuriers.
- (4) Vereinfachte Bekanntmachungen und Wahlbekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln bzw. durch Auslegung in der Amtsverwaltung / im Rathaus. Auf den Aushang / die Auslegung ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Absatz 5 Satz 3 ist gleichfalls anzuwenden.

Die Bekanntmachungstafeln der Stadt befinden sich

  - in Krakow am See, Markt 2 (Rathaus)
  - in Alt Sammit, Am Schloss 1
  - in Bellin „Am Karpendiek 28“ (Dorfzentrum)
  - in Bossov am Haus Nr. 17
  - in Charlottenthal, neben Dorfplatz Nr. 5
  - in Groß Grabow ,am Containerstellplatz, Dorfstraße
  - in Klein Grabow, Dorfplatz (vor dem Gutshaus)
  - in Marienhof an der Straße „Zum Patersoll“ (gegenüber dem Haus „Zum Patersoll Nr. 4“)
  - in Möllen an der Bushaltestelle Dorfallee
  - in Neu Sammit in der Nähe Haus Nr. 4
  - in Steinbeck am Haus Nr. 3
- (5) Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage (Aushangfrist), wobei der Tag des Anschlags und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet werden. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist bewirkt. Für öffentliche Bekanntmachungen nach § 29 Abs. 6 KV M-V ist die in der Geschäftsordnung festgelegte Frist maßgebend.
- (6) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (7) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in üblicher Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist diese durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln zu veröffentlichen. Die Aushangfrist beträgt 14 Tage.
- (8) Einladungen zu den Sitzungen der Stadtvertretung werden nach Abs.1 sowie durch Aushang an der Bekanntmachungstafel am Rathaus in Krakow am See, Markt 2 öffentlich bekannt gemacht. Sie sind im Internet nachrichtlich unter [www.amt-krakow-am-see.de](http://www.amt-krakow-am-see.de) Sitzungstermine zu erreichen.

§ 9

Sprachformen

Soweit in dieser Satzung Bezeichnungen, die für Frauen und Männer gelten, in der männlichen Sprachform verwendet werden, gelten diese Bezeichnungen für Frauen in der weiblichen Sprachform.

§ 10

Inkrafttreten

- (1) Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 15.07.2010 außer Kraft.

Krakow am See, den 29.05.2015



Geistert

Bürgermeister